

**Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

**Bekanntmachung  
von Richtlinien  
des Umweltgutachterausschusses  
nach dem Umweltauditgesetz**

Vom 11. August 2004

Der beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gebildete Umweltgutachterausschuss hat am 22. Juni 2004 auf Grund des § 21 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Umweltauditgesetzes (UAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. September 2002 (BGBl. I S. 3490) die Neufassung der folgenden Richtlinien beschlossen:

— Richtlinie des Umweltgutachterausschusses nach dem Umweltauditgesetz für die Überprüfung von Umweltgutachtern, Umweltgutachterorganisationen und Inhabern von Fachkenntnisbescheinigungen im Rahmen der Aufsicht (UAG-Aufsichtsrichtlinie — UAG-AufsR) vom 20. September 2002 (BANz. S. 25 530),

— Richtlinie des Umweltgutachterausschusses nach dem Umweltauditgesetz für die mündliche Prüfung zur Feststellung der Fachkunde von Umweltgutachtern und Inhabern von Fachkenntnisbescheinigungen (UAG-Fachkunderichtlinie — UAG-FkR) vom 20. September 2002 (BANz. S. 25 532).

Die Neufassung der UAG-Aufsichtsrichtlinie und der UAG-Fachkunderichtlinie wird nachfolgend jeweils bekannt gegeben (Anlagen 1 und 2).

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Beschlüsse des Umweltgutachterausschusses als Aufsichtsbehörde gemäß § 27 Abs. 3 Satz 1 UAG genehmigt.

Berlin, den 11. August 2004

Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Im Auftrag  
F r a n z

Anlage 1

**Richtlinie  
des Umweltgutachterausschusses  
nach dem Umweltauditgesetz für die Überprüfung  
von Umweltgutachtern, Umweltgutachterorganisationen  
und Inhabern von Fachkenntnisbescheinigungen  
im Rahmen der Aufsicht  
(UAG-Aufsichtsrichtlinie — UAG-AufsR)**

Vom 22. Juni 2004

**I. Einführung**

Nach Artikel 4 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 761/2001 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 19. März 2001 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS) — (ABl. EG Nr. L 114 S. 1), im Folgenden EMAS-Verordnung genannt, unterliegen zugelassene Umweltgutachter einer Aufsicht über ihre Tätigkeit. Die EMAS-Verordnung erfasst damit Umweltgutachter und Umweltgutachterorganisationen gleichermaßen.

Die Aufsicht dient der Sicherung der Qualität der Tätigkeit zugelassener Umweltgutachter und trägt dadurch wesentlich zur Glaubwürdigkeit und Anerkennung des Gemeinschaftssystems für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung bei. Eine wirkungsvolle Ausübung der Aufsicht stützt die Leistungsfähigkeit von EMAS im Interesse einer eigenverantwortlichen kontinuierlichen Verbesserung des Umweltschutzes in Organisationen.

Die Mitgliedstaaten schaffen nach Artikel 4 Abs. 1 der EMAS-Verordnung ein System für die Aufsicht über die zugelassenen Umweltgutachter. Dabei gelten nach Artikel 4 Abs. 4 der EMAS-Verordnung die Anforderungen des Anhangs V EMAS-Verordnung.

Nach Artikel 4 Abs. 1 und 4 in Verbindung mit Anhang V der EMAS-Verordnung müssen die Aufsichtssysteme der Mitgliedstaaten eine Überprüfung des Fortbestehens der Zulassungsanforderungen von Umweltgutachtern sowie der Qualität der vorgenommenen Begutachtungen gewährleisten.

Grundlage der Aufsicht ist § 15 des Umweltauditgesetzes (UAG) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Aufsicht über die zugelassenen Umweltgutachter wird von der Deutschen Akkreditierungs- und Zulassungsgesellschaft für Umweltgutachter mbH (DAU) als Zulassungsstelle nach § 15 Abs. 1 UAG und der UAG-Bleihungsverordnung (UAG-BV) vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1013) in der jeweils geltenden Fassung wahrgenommen.

Diese Richtlinie gilt für die Aufsicht über zugelassene Umweltgutachter im Sinne der EMAS-Verordnung. Das sind im Bundesgebiet oder in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU)

zugelassene Umweltgutachter einschließlich der Umweltgutachterorganisationen. Sie gilt ferner für Fachkenntnisbescheinigungsinhaber gemäß § 8 UAG. Sie richtet sich an die Zulassungsstelle.

Mit der vorliegenden Richtlinie nach § 21 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 UAG konkretisiert der Umweltgutachterausschuss (UGA) die Vorgaben des UAG für die Durchführung der Aufsicht unter Beachtung der Anforderungen der EMAS-Verordnung.

§ 15 UAG enthält die Bestimmung, dass die Aufsicht von der Zulassungsstelle in regelmäßigen Abständen, mindestens alle 24 Monate nach Wirksamwerden der Zulassung vorzunehmen ist (vgl. Anhang V Abschnitt 5.3 der EMAS-Verordnung).

Um die Aufsicht zu ermöglichen, regelt das UAG Aufbewahrungspflichten für bestimmte Dokumente, Mitteilungspflichten und Vorlagepflichten sowie das Recht zum Betreten der Geschäftsräume der zu überprüfenden Personen und Organisationen durch die Zulassungsstelle oder deren Beauftragte.

Der Aufsicht unterliegt nach Maßgabe des UAG auch die Tätigkeit von Umweltgutachtern oder Umweltgutachterorganisationen soweit diese aufgrund ihrer Zulassung als Umweltgutachter oder Umweltgutachterorganisation befugt sind, Tätigkeiten aufgrund anderer rechtlicher Regelungen auszuüben (§ 15 Abs. 9 UAG).

Die Zulassungsstelle führt die Aufsichtsverfahren durch und ergreift — soweit erforderlich — Aufsichtsmaßnahmen.

Mögliche Aufsichtsmaßnahmen ergeben sich aus dem Katalog im Anhang dieser Richtlinie, der nicht abschließend ist.

**II. Aufsicht über Umweltgutachter**

**1. Gegenstand der Aufsicht**

Nach § 15 UAG in Verbindung mit Anhang V der EMAS-Verordnung werden Umweltgutachter in regelmäßigen Abständen dahingehend überprüft, ob die Voraussetzungen für die Zulassung nach § 9 UAG weiterhin vorliegen. In den regelmäßigen Abständen muss auch eine Überprüfung der Qualität der vorgenommenen Begutachtungen und der nach Artikel 14 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1836/93 (ABl. EG Nr. L 168 S. 1) bzw. Artikel 9 Abs. 1 der EMAS-Verordnung in Verbindung mit § 9 Abs. 3 UAG erteilten Zertifizierungsbescheinigungen erfolgen. Hierzu ist festzustellen, ob der Umweltgutachter die ihm nach der EMAS-Verordnung

obliegenden Aufgaben erfüllt hat. Dies schließt eine Bewertung der Begutachtungen nach Prüfungstiefe, -inhalt und -umfang sowie der Unparteilichkeit der Aufgabenerfüllung ein.

- Unparteilichkeit ist im Einzelfall in der Regel nicht gegeben, wenn
- der Gutachter einem bestimmenden Einfluss anderer ausgesetzt ist,
  - die Beauftragung eines Umweltgutachters mit gutachterlichen Tätigkeiten nach der EMAS-Verordnung in enger wirtschaftlicher Verbindung zu einem anderen Geschäft der Beteiligten steht oder
  - der Umweltgutachter Beratungsleistungen erbracht hat, die den Gegenstand seiner gutachterlichen Tätigkeiten nach der EMAS-Verordnung wesentlich beeinflusst haben können, es sei denn, die Vortätigkeit liegt mehr als vier Jahre seit dem Abschluss des Vertrages zur gutachterlichen Tätigkeit nach der EMAS-Verordnung zurück.

Beispielsweise ist Unparteilichkeit bei vorangegangener Beratungstätigkeit in der Regel nicht gegeben, wenn der Umweltgutachter für die Organisation ein Abfallwirtschaftskonzept erarbeitet hat, als externer Umweltbeauftragter (Immissionsschutz-, Gewässerschutz-, Abfallbeauftragter) tätig ist oder die Organisation im Zusammenhang mit dem Abschluss einer betrieblichen Versicherung beraten hat.

Demgegenüber berühren die Erstellung einer Emissionserklärung oder die Tätigkeit als anerkannte Messstelle entsprechend einer behördlichen Einzelanordnung sowie die Durchführung allgemein zugänglicher Schulungen zum Umweltauditsystem die Unparteilichkeit des Umweltgutachters in der Regel nicht.

Bei konkreten Pflichtenverstößen des Umweltgutachters erlässt die Zulassungsstelle die notwendigen Aufsichtsmaßnahmen.

Der Katalog im Anhang dieser Richtlinie bildet einen Orientierungsrahmen für die Maßnahmen der Zulassungsstelle.

Daneben kommt eine Unterrichtung der für die Registrierung geprüfter Organisationen zuständigen Stelle in Betracht.

Bei der Überprüfung, ob die Zulassungsvoraussetzung gemäß § 9 UAG weiterhin vorliegen, sind auch solche Erkenntnisse zu berücksichtigen, die sich aus Tätigkeiten von Umweltgutachtern ergeben, zu deren Ausübung diese aufgrund ihrer Zulassung als Umweltgutachter aufgrund anderer rechtlicher Regelungen befugt sind.

## 2. Regelmäßiger Einsatz der Aufsichtsinstrumente durch die Zulassungsstelle (Regelaufsicht)

Zur ordnungsgemäßen Durchführung der Aufsicht bestimmt die Zulassungsstelle im Einzelfall, in welchem Umfang Prüfungshandlungen durchzuführen sind. Der Umfang der Prüfung soll sich an den Tätigkeiten des Umweltgutachters orientieren.

Für die Aufsichtstätigkeit stehen der Zulassungsstelle insbesondere die in Anhang V Nr. 5.3.1 der EMAS-Verordnung und § 15 UAG aufgezählten Aufsichtsinstrumente zur Verfügung:

- schriftliche Befragung mittels eines Fragebogens,
- Prüfung der von den Umweltgutachtern für gültig erklärten Umwelterklärungen,
- Prüfung der erstellten Begutachtungsberichte,
- Überprüfung im Umweltgutachterbüro (Geschäftsstellenprüfung),
- praktische Überprüfung zur Feststellung der erforderlichen Fähigkeiten und Fachkunde des Umweltgutachters bei seiner Arbeit in Organisationen (Witnessaudit).

Zu ihrer Unterstützung zieht die Zulassungsstelle in der Regel externe Beauftragte heran. Im Einzelfall kann auf die Heranziehung von Beauftragten verzichtet werden. Die Beauftragten müssen für die Durchführung der Prüfungsmaßnahmen im Rahmen der Aufsicht fachlich qualifiziert sein. Die Verantwortung für die Auswahl geeigneter externer Beauftragter trägt die Zulassungsstelle. Sie zieht bei der Auswahl diejenigen Anforderungen heran, die einer Aufnahme in die Prüferliste zu Grunde gelegt werden. Beauftragte, die nicht auf der Prüferliste nach § 21 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 UAG geführt werden, sind dem UGA vorab bekannt zu geben.

Die Anwendung der Aufsichtsinstrumente wird dokumentiert. Eine Niederschrift wird von dem/den Beauftragten, der/die im Rahmen der Aufsicht tätig geworden ist/sind, und dem Verantwortlichen der Zulassungsstelle unterzeichnet.

Der Umweltgutachter erhält eine Kopie der Niederschrift.

Wird im Rahmen der Regelaufsicht festgestellt, dass während zweier aufeinanderfolgender Aufsichtszyklen Gutachtertätigkeiten nicht ausgeübt worden sind, ist dem Umweltgutachter aufzugeben, rechtzeitig vor der Aufnahme einer gutachterlichen Tätigkeit die Zulassungsstelle zu unterrichten.

Über die regelmäßige Überprüfung des Fortbestandes der Zulassungsvoraussetzungen hinaus kann die Zulassungsstelle bei Vorliegen eines besonderen Anlasses im Sinne des Abschnitts II Nr. 3 dieser Richtlinie tätig werden.

Die Durchführung der Regelaufsicht erfolgt im Wesentlichen durch ein schriftliches Verfahren (Fragebogen und Prüfung von Unterlagen nach den nachfolgenden Buchstaben a und b), ergänzt um die Möglichkeit einer Geschäftsstellenprüfung (Buchstabe c) und eines Witnessaudits (Buchstabe d) gemäß den von der EMAS-Verordnung vorgesehenen Aufsichtsinstrumenten.

### a) Einleitung des schriftlichen Verfahrens durch Fragebogen

Zur Einleitung des schriftlichen Verfahrens übersendet die Zulassungsstelle dem Umweltgutachter einen Fragebogen. Damit fordert sie den Umweltgutachter zu einer Erklärung darüber auf, ob die Voraussetzungen der Zulassung nach den §§ 5 und 6 UAG fortbestehen. Das Fortbestehen der Fachkundevoraussetzungen nach § 7 UAG wird unter anderem anhand der Qualität der vorgenommenen Begutachtungen überprüft.

Zur Auswahl der gutachterlichen Tätigkeiten, bei denen die oben genannten Unterlagen im Rahmen der Aufsicht geprüft werden, fordert die Zulassungsstelle durch den Fragebogen eine Liste über die durchgeführten gutachterlichen Tätigkeiten nach der EMAS-Verordnung an.

Abgefragt werden des Weiteren Informationen über die Organisationen, für die der Umweltgutachter gutachterliche Tätigkeiten ausgeführt hat und die als Kriterium für eine fachliche Auswahl im Hinblick auf die Beurteilung der Qualität der durchgeführten gutachterlichen Tätigkeiten nach der EMAS-Verordnung dienen können.

Die Zulassungsstelle fordert Nachweise über die Erfüllung der Fortbildungspflicht gemäß § 15 Abs. 7 UAG an. Soweit der Umweltgutachter Tätigkeiten auf Grund anderer rechtlicher Regelungen, z. B. als bekannt gegebene sachverständige Stelle gemäß den §§ 5 und 10 des Treibhausgas-Emissionhandelsgesetzes (TEHG), ausübt, hat er auf Anforderung nachzuweisen, dass er die entsprechenden Fachkenntnisse durch Fortbildung erlangt hat. Jeweils erforderliche spezielle Fachkenntnisse sind im Anhang der UAG-Fachkunderichtlinie näher konkretisiert.

### b) Durchführung des schriftlichen Verfahrens durch Prüfung der Umwelterklärungen, der Begutachtungsberichte und der zugehörigen Unterlagen

Die Qualitätsüberprüfung erfolgt insbesondere durch die Sichtung und Bewertung der in § 15 Abs. 6 Nr. 1 Buchstabe a bis e UAG genannten Unterlagen. Dazu gehören im Einzelnen:

- Vereinbarungen mit den Unternehmen über Gegenstand und Umfang der Begutachtungen; dies umfasst auch:
  - Dokumentation der Absprache, welche Einheit als Organisation nach EMAS eingetragen werden soll (Artikel 2 Buchstabe s der EMAS-Verordnung),
  - Dokumentation der Absprache der Organisation mit dem Umweltgutachter über Ausnahmen von der Pflicht zur Erstellung jährlicher Aktualisierungen der Umwelterklärung (Anhang V Abschnitt 5.6 der EMAS-Verordnung),
- Berichte an die Leitung der Organisation,
- in Abstimmung mit der Organisation erstellte Begutachtungsprogramme,
- für gültig erklärte Umwelterklärungen, deren Aktualisierungen und konsolidierte Fassungen und für gültig erklärte Umweltinformationen und
- Niederschriften über Besuche auf dem Betriebsgelände und über Gespräche mit dem Betriebspersonal,

die in Artikel 3 in Verbindung mit Anhang III Abschnitt 3.1 bis 3.4 sowie Anhang V Abschnitt 5.5 der EMAS-Verordnung geregelt sind.

Die Zulassungsstelle bestimmt, welche Unterlagen sie zur Überprüfung vom Umweltgutachter anfordert. Es steht im Ermessen der Zulassungsstelle, die vom Umweltgutachter aufzubewahrenden Unterlagen vollständig oder in Stichproben anzufordern.

Die Stichprobe kann sich sowohl auf einzelne Fälle gutachterlicher Tätigkeiten nach der EMAS-Verordnung als auch auf bestimmte der vorgenannten Unterlagen zu einem ausgewählten Fall beziehen. Die Stichprobe soll in der Regel mindestens zwei Fälle gutachterlicher Tätigkeiten umfassen.

Bei der regelmäßig vorzunehmenden Prüfung sind die Unterlagen einer angemessenen Anzahl von gutachterlichen Tätigkeiten nach der EMAS-Verordnung anzufordern und einer Prüfung darauf zu unterziehen, ob der Umweltgutachter im Rahmen seiner Aufgaben insbesondere die für die Organisation einschlägigen Rechtsvorschriften und Umweltgesichtspunkte erfasst und verarbeitet hat. Zur Prüfung dieser gutachterlichen Tätigkeit kann die Zulassungs-

stelle Rückgriff auf alle Verfahrensschritte des Umweltgutachters nehmen, einschließlich der entsprechenden Dokumentation, die bis zur Gültigkeitserklärung einer ersten Umwelterklärung, einer konsolidierten Umwelterklärung, einer jährlichen Aktualisierung oder einer für gültig erklärten Information erforderlich sind.

Die Zulassungsstelle oder ihre Beauftragten können über die Prüfung der Unterlagen nach § 15 Abs. 6 UAG hinaus andere Erkenntnisse verwerten, Unterlagen beiziehen oder Auskünfte einholen, wenn dies zur Beurteilung der vom Umweltgutachter vorgenommenen gutachterlichen Tätigkeiten erforderlich ist. Rückfragen bei der für die Organisation zuständigen registerführenden Stelle im Sinne des § 32 Abs. 1 UAG oder den zuständigen Umweltbehörden im Sinne des § 33 Abs. 3 UAG sind zulässig.

c) Überprüfung im Umweltgutachterbüro (Geschäftsstellenprüfung)

§ 15 Abs. 8 UAG gestattet das Betreten von Geschäftsräumen zu den üblichen Geschäftszeiten, wenn dies zur Feststellung der Anforderungen für die Zulassung erforderlich ist. Eine Geschäftsstellenprüfung (§ 15 Abs. 3 UAG) soll in der Regel nur dann durchgeführt werden, wenn Unterlagen oder Informationen nicht ausreichend durch das schriftliche Verfahren nach den Buchstaben a und b erlangt werden können.

d) Praktische Überprüfung zur Feststellung der erforderlichen Fähigkeiten und Fachkunde des Umweltgutachters bei seiner Arbeit in Organisationen (Witnessaudit)

Ein Witnessaudit (§ 15 Abs. 2 UAG) soll in der Regel einmal innerhalb eines Zeitraumes von sechs Jahren ergänzend zu den übrigen Aufsichtsinstrumenten durchgeführt werden. Es dient unter anderem der Feststellung der Fachkunde des beobachteten Umweltgutachters.

Ein zusätzliches Witnessaudit kann von der Zulassungsstelle insbesondere durchgeführt werden

- bei Aufnahme der gutachterlichen Tätigkeit nach einer Pause von drei Aufsichtszyklen seit der letzten gutachterlichen Tätigkeit,
- bei Vorliegen eines besonderen Anlasses im Sinne des Abschnitts II Nr. 3 dieser Richtlinie.

### 3. Aufsicht aus besonderem Anlass (Anlassaufsicht)

Gemäß § 15 Abs. 4 geht die Zulassungsstelle Anhaltspunkten oder Beschwerden zu einer regelwidrigen Tätigkeit von Umweltgutachtern nach, die sich auf konkrete Einzelfälle beziehen. Voraussetzung für ein Tätigwerden der Zulassungsstelle ist, dass die Beanstandungen substantiiert sind und ein Verstoß gegen aus der EMAS-Verordnung oder § 15 Abs. 6, 7 und 9 UAG abzuleitende Pflichten nicht offensichtlich ausgeschlossen ist.

Beanstandungen sind substantiiert, wenn Sachverhaltsumstände nicht nur generell behauptet, sondern nach Ort, Zeit und Inhalt hinreichend bestimmt sind. Sachverhaltsumstände müssen die tatsächliche Seite eines Pflichtverstoßes nicht vollständig ausfüllen, um Anlass für eine Überprüfung zu sein.

Im Rahmen der Anlassaufsicht kann die Zulassungsstelle sämtliche Aufsichtsinstrumente einsetzen, die sie auch im Rahmen der Regelaufsicht verwendet.

Liegt eine substantiierte Beanstandung vor, wird dem zugelassenen Gutachter der Inhalt der Beanstandung schriftlich bekanntgegeben und er erhält Gelegenheit zur Stellungnahme.

Zweifeln, ob eine gutachterliche Tätigkeit nach der EMAS-Verordnung unparteiisch erfolgt ist oder erfolgt, geht die Zulassungsstelle unverzüglich nach. Dies gilt schon für den Anschein einer möglichen Beeinflussung der gutachterlichen Tätigkeit nach der EMAS-Verordnung.

Zweifel an der Unparteilichkeit bestehen in der Regel, wenn der Umweltgutachter organisatorisch, wirtschaftlich, kapital- oder personalmäßig mit Dritten verflochten ist, wenn nicht deren Einflussnahme auf die Wahrnehmung der Aufgaben als Umweltgutachter durch Festlegung in Satzung, Gesellschaftsvertrag oder Anstellungsvertrag ausgeschlossen ist (vgl. § 6 Abs. 2 Nr. 3 UAG). Auch ein krasses Missverhältnis im Preis-/Leistungsgefüge eines Umweltgutachterauftrages kann Anhaltspunkt dafür sein, dass eine gutachterliche Tätigkeit nach der EMAS-Verordnung nicht unparteiisch durchgeführt worden oder zu erwarten ist.

Der Auftraggeber der betroffenen Begutachtung und — sofern die Organisation bereits registriert ist — die registerführende Stelle (§ 32 Abs. 1 UAG) werden unterrichtet und um Stellungnahme gebeten, sobald aus Sicht der Zulassungsstelle die Besorgnis begründet ist, dass im Einzelfall die erforderliche Unparteilichkeit der Begutachtung nicht sichergestellt ist.

Die Zulassungsstelle geht ferner Anhaltspunkten nach, dass ein Umweltgutachter eine Umwelterklärung trotz Vorliegens eines

Gesetzesverstoßes der begutachteten Organisation für gültig erklärt hat. Bei einem erheblichen Gesetzesverstoß oder einem anderen schwerwiegenden Verstoß gegen die Pflichten eines Umweltgutachters (insbesondere der in § 16 Abs. 2 und § 17 Abs. 2 UAG genannten) schreitet die Zulassungsstelle unverzüglich ein.

Ein unverzügliches Tätigwerden im Rahmen dieser Nummer 3 ist auch statthaft, wenn ein Aufsichtsverfahren nach Nummer 2 Buchstabe a, b oder Buchstabe c eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen wurde.

### 4. Aufsichtsmaßnahmen

Die Zulassungsstelle trifft zur Erfüllung der von Umweltgutachtern einzuhaltenden Pflichten und Anforderungen die erforderlichen Maßnahmen gemäß § 16 Abs. 1 oder § 17 Abs. 1 bis 3 UAG.

Konkrete Aufsichtsmaßnahmen sind insbesondere:

- Hinweis,
- schriftliche Beanstandung,
- Verwarnung,
- Intensivierung der Überwachung z. B. durch zusätzlichen Einsatz der Aufsichtsinstrumente,
- vorläufige Unterstufung der Fortführung gutachterlicher Tätigkeit, auch teilweise vorläufige Unterstufung,
- teilweiser Widerruf/teilweise Rücknahme der Zulassung oder Fachkenntnisbescheinigung durch Einschränkung der Zulassungsbereiche,
- Rücknahme der Zulassung/Fachkenntnisbescheinigung,
- Widerruf der Zulassung/Fachkenntnisbescheinigung im Ermessen der Zulassungsstelle,
- zwingender Widerruf der Zulassung/Fachkenntnisbescheinigung; auch zwingender teilweiser Widerruf.

Bei Verdacht einer Ordnungswidrigkeit unterrichtet die Zulassungsstelle nach pflichtgemäßem Ermessen im Wege der Amtshilfe die für die Verfolgung zuständige Behörde.

### III. Aufsicht über Umweltgutachterorganisationen

Gegenstand der Aufsicht, Verfahren zur Regel- und Anlassaufsicht sowie die zulässigen Aufsichtsmaßnahmen entsprechen den oben in Abschnitt II dargestellten Verfahren mit der Maßgabe, dass Umweltgutachterorganisationen dahin zu überprüfen sind, ob die Voraussetzungen für die Zulassung nach § 10 UAG weiterhin vorliegen.

In den regelmäßigen Abständen muss auch eine Überprüfung der Qualität der vorgenommenen Begutachtungen und der nach Artikel 14 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1836/93 bzw. Artikel 9 Abs. 1 der EMAS-Verordnung in Verbindung mit § 10 Abs. 4 UAG erteilten Zertifizierungsbescheinigungen erfolgen.

Hierzu ist festzustellen, ob die Umweltgutachterorganisation die ihr nach der EMAS-Verordnung obliegenden Aufgaben erfüllt hat.

Dies schließt eine Bewertung der Begutachtungen nach Prüfungstiefe, -inhalt und -umfang sowie der Unparteilichkeit der Aufgabenerfüllung ein.

Daraus ergeben sich insbesondere folgende Aspekte für die Aufsicht über Umweltgutachterorganisationen:

- Kontrolle von Organisationsfragen (§ 10 Abs. 1 Nr. 1 UAG),
- Beachtung des Zulassungsbereiches der Umweltgutachter (Scope) (§ 10 Abs. 1 Nr. 2 UAG),
- Fortbildungspflicht der beschäftigten Gutachter (§ 10 Abs. 1 Nr. 3 UAG),
- geordnete wirtschaftliche Verhältnisse (§ 10 Abs. 1 Nr. 4 UAG),
- Ausschluss von wirtschaftlichem, finanziellem oder sonstigem Druck auf die Organisation oder die für sie tätigen Einzelumweltgutachter, der die gutachterliche Tätigkeit beeinflussen oder das Vertrauen in die unparteiische Aufgabenwahrnehmung in Frage stellen kann (§ 10 Abs. 1 Nr. 5 Halbsatz 1 UAG),
- Ausschluss von Verflechtungen im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 5 Halbsatz 2 in Verbindung mit § 6 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe a und Nr. 2 und 3 UAG,
- Vorlage eines Organigramms und einer Erklärung über den Rechtsstatus, die Eigentumsverhältnisse und die Finanzierungsquellen der Organisation (§ 10 Abs. 1 Nr. 6 UAG) und
- Nachweis über dokumentierte Prüfungsmethoden und -verfahren (einschließlich der Qualitätskontrolle und der Vorkehrungen zur Wahrung der Vertraulichkeit) zur Erfüllung der gutachterlichen Aufgaben (§ 10 Abs. 1 Nr. 7 UAG).

Dokumente, die die Umweltgutachterorganisation oder die dort angestellten Umweltgutachter oder Fachkenntnisbescheinigungsinhaber im schriftlichen Verfahren eingereicht haben, können wechselseitig angerechnet werden.

#### IV. Aufsicht über Fachkenntnisbescheinigungsinhaber

Die gemäß § 8 UAG zugelassenen Fachkenntnisbescheinigungsinhaber unterliegen ebenfalls der Aufsicht über Umweltgutachter nach dem oben in Abschnitt II dargestellten Verfahren.

Bei der Durchführung der Aufsicht ist dem Umstand Rechnung zu tragen, dass einem Fachkenntnisbescheinigungsinhaber die Validierung einer Umwelterklärung nur für den fachlich von ihm verantworteten Tätigkeitsbereich zuzurechnen ist.

Die Zulassungsstelle soll die im Aufsichtsverfahren gegenüber einem Umweltgutachter gewonnenen Erkenntnisse auch dahingehend überprüfen, ob sie einem Fachkenntnisbescheinigungsinhaber zuzurechnen sind.

#### V. Aufsicht über in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zugelassene Umweltgutachter und Umweltgutachterorganisationen

Umweltgutachter, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU zugelassen sind, unterliegen hinsichtlich ihrer gutachterlichen Tätigkeit im Rahmen der EMAS-Verordnung im Bundesgebiet der Aufsicht in Deutschland. Sie sind verpflichtet, ihre Tätigkeit als Umweltgutachter in jedem Einzelfall rechtzeitig — mindestens vier Wochen vor Aufnahme der Tätigkeit — der Zulassungsstelle anzuzeigen (Notifizierung). Dabei sind darzulegen (vgl. Anhang V Abschnitt 5.3.2 der EMAS-Verordnung):

- die Einzelheiten der Zulassung (Zulassungsurkunde), fachliche Qualifikationen sowie gegebenenfalls die Zusammensetzung des Teams,
- Ort und Zeit der Begutachtung: Anschrift und Ansprechpartner sowie eventuell weitere Angaben der Organisation, z. B. Tätigkeit nach NACE-Code, Größe der Organisation,
- ausreichende Kenntnisse der einschlägigen Rechts- und veröffentlichten Verwaltungsvorschriften und Normen des betrieblichen Umweltschutzes sowie ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache.

Gemäß Anhang V Abschnitt 5.3.2 der EMAS-Verordnung in Verbindung mit § 18 Abs. 2 Satz 2 UAG hat die Zulassungsstelle die Qualität der im Bundesgebiet durchgeführten Begutachtungen von Umweltgutachtern und Umweltgutachterorganisationen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU zugelassen sind, zu überprüfen. Dazu kann sie sich der in Abschnitt II Nr. 2 genannten Instrumente bedienen.

Wird ein Umweltgutachter oder eine Umweltgutachterorganisation, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU zugelassen sind, im Bundesgebiet erstmals tätig, kann dies durch ein Witnessaudit der Zulassungsstelle begleitet werden. Dies dient zusätzlich dem Zweck festzustellen, ob und inwieweit diese der Pflicht nachkommen, Maßnahmen zur Sicherstellung der einschlägigen Rechts- und Sprachkenntnisse zu ergreifen.

Wird ein Umweltgutachter oder eine Umweltgutachterorganisation, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU zugelassen sind, im Bundesgebiet mehrfach tätig, führt die Zulassungsstelle eine Überprüfung der durchgeführten Begutachtung durch ein schriftliches Verfahren durch (vgl. Abschnitt II Nr. 2 Buchstabe a und b der EMAS-Verordnung), ergänzt insbesondere durch ein Witnessaudit (gemäß Abschnitt II Nr. 2 Buchstabe d der EMAS-Verordnung). Die Anzahl der Überprüfungen im schriftlichen Verfahren sowie die Häufigkeit von Witnessaudits richten sich nach den oben in Abschnitt II niedergelegten Kriterien dieser Richtlinie.

Anhang V Abschnitt 5.3.2 der EMAS-Verordnung sieht vor, dass bei Unzufriedenheit mit der Qualität der vom Umweltgutachter ausgeführten Arbeiten der Kontrollbericht

- a) dem betreffenden Umweltgutachter,
- b) der Zulassungsstelle, die die Zulassung erteilt hat,
- c) der zuständigen Stelle, in deren Gebiet die geprüfte Organisation ansässig ist,
- d) und, bei weiteren Streitigkeiten, dem Forum der Zulassungsstellen

zugeleitet wird.

Über die Weiterleitung des Kontrollberichts gemäß den Buchstaben b, c und d entscheidet die Zulassungsstelle nach pflichtgemäßem Ermessen. Trifft die Zulassungsstelle Anordnungen nach § 16 Abs. 2 UAG, hat sie die Stellen nach Buchstabe c umgehend zu informieren.

#### VI. Zusammenarbeit mit den registerführenden Stellen

Werden im Rahmen der Aufsicht Verstöße festgestellt, die Auswirkungen auf die Gültigkeitserklärung einer Umwelterklärung haben können, unterrichtet die Zulassungsstelle die nach § 32 Abs. 1 UAG für das Standortregister zuständige Stelle.

#### VII. Kosten der Aufsicht

Die Kosten für die Durchführung der Aufsichtsmaßnahmen werden in einer Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit nach § 36 Abs. 2 UAG festgelegt.

Die Kosten für die Heranziehung von Beauftragten legt die Zulassungsstelle dem Umweltgutachter, der Umweltgutachterorganisation oder dem Fachkenntnisbescheinigungsinhaber auf, dem die Aufsichtsmaßnahme galt. Für die Anlassaufsicht gilt dies nur, falls ein Pflichtverstoß nachgewiesen wird.

#### VIII. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Bundesanzeiger in Kraft. Gleichzeitig tritt die UAG-Aufsichtsrichtlinie vom 20. September 2002 (BANz. S. 25 530) außer Kraft.

#### Anhang

##### Aufsichtskatalog Zulassungsstelle nach dem UAG

Pflichtenverstoß des Umweltgutachters, der Umweltgutachterorganisation oder des Inhabers von Fachkenntnisbescheinigungen:	Ausdrücklich zulässige Aufsichtsmaßnahmen:
1 Verstoß gegen Aufbewahrungspflichten nach § 15 Abs. 6 Nr. 1 UAG	Teilweise oder vollständige vorläufige Untersagung der Fortführung gutachterlicher Tätigkeit (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 UAG)
2 Versäumnis der unverzüglichen Unterrichtung der Zulassungsstelle über alle Veränderungen, die auf die Zulassung oder Fachkenntnisbescheinigung Einfluss haben können, § 15 Abs. 6 Nr. 2 UAG, Anhang V Abschnitt 5.3.1 der EMAS-Verordnung	Teilweise oder vollständige vorläufige Untersagung der Fortführung gutachterlicher Tätigkeit (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 UAG)
3 Verstoß gegen das Gebot der Unparteilichkeit, § 15 Abs. 6 Nr. 3 UAG	Teilweise oder vollständige vorläufige Untersagung der Fortführung gutachterlicher Tätigkeit (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 UAG)
4 Verstoß gegen die Pflicht, der Zulassungsstelle zur Vorbereitung der regelmäßig durchzuführenden Aufsichtsverfahren die erforderlichen Angaben zu machen, oder Nichtvorlage von Unterlagen nach § 15 Abs. 6 Nr. 1 und 4 UAG	Teilweise oder vollständige vorläufige Untersagung der Fortführung gutachterlicher Tätigkeit (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 UAG)
5 Verletzung der Fortbildungspflicht nach § 15 Abs. 7 UAG	Teilweise oder vollständige vorläufige Untersagung der Fortführung gutachterlicher Tätigkeit (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 UAG)
6 Verstoß gegen die Pflichten nach Artikel 3 Abs. 2 Buchstabe d in Verbindung mit Anhang V Abschnitte 5.4 und 5.6 der EMAS-Verordnung; Gültigkeitserklärung einer Umwelterklärung mit unzutreffenden Angaben oder Beurteilungen, insbesondere hinsichtlich der Einhaltung der an einem Standort einer Organisation geltenden Umweltvorschriften, § 16 Abs. 2 Nr. 1 UAG (auch in Verbindung mit § 15 Abs. 6 Nr. 5)	Teilweise oder vollständige vorläufige Untersagung der Fortführung gutachterlicher Tätigkeit (§ 16 Abs. 2 Nr. 1 und 2 UAG)
7 Nichtbefolgung einer vollziehbaren Anordnung der Zulassungsstelle, § 16 Abs. 2 Nr. 3 UAG	Teilweise oder vollständige vorläufige Untersagung der Fortführung gutachterlicher Tätigkeit (§ 16 Abs. 2 Nr. 3 UAG)
8 Täuschung über zulassungserhebliche Tatsachen, soweit sie für die Zulassung oder Erteilung der Fachkenntnisbescheinigung entscheidungserheblich waren, § 17 Abs. 1 UAG	Rücknahme der Zulassung/Erteilung der Fachkenntnisbescheinigung (§ 17 Abs. 1 UAG)

Pflichtenverstoß des Umweltgutachters, der Umweltgutachterorganisation oder des Inhabers von Fachkenntnisbescheinigungen:	Ausdrücklich zulässige Aufsichtsmaßnahmen:	Pflichtenverstoß des Umweltgutachters, der Umweltgutachterorganisation oder des Inhabers von Fachkenntnisbescheinigungen:	Ausdrücklich zulässige Aufsichtsmaßnahmen:
9 Aufnahme einer Tätigkeit im Sinne des § 6 Abs. 2 Nr. 1 UAG, die nicht innerhalb einer von der Zulassungsstelle gesetzten Frist aufgegeben wird, § 17 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe a UAG	Widerruf der Zulassung/Fachkenntnisbescheinigung (§ 17 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe a UAG)	14 Abhängigkeitsverhältnis zum auftraggebenden Unternehmen oder zum Betriebsprüfer des Standortes bei der Durchführung von Begutachtungsaufträgen im Einzelfall oder Weisungsverhältnis im Sinne des § 6 Abs. 2 Nr. 2 UAG zwischen den begutachtenden Personen hat bestanden und Wiederholungsgefahr gegeben, § 17 Abs. 3 Nr. 2 UAG	Widerruf der Zulassung im Ermessen der Zulassungsstelle (§ 17 Abs. 3 Nr. 2 UAG)
10 Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 UAG) infolge strafgerichtlicher Verurteilung, § 17 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe b UAG	Widerruf der Zulassung/Fachkenntnisbescheinigung (§ 17 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe b UAG)	15 Nichtbefolgung einer vollziehbaren Anordnung der Zulassungsstelle im Rahmen der Aufsicht, § 17 Abs. 3 Nr. 3 UAG	Widerruf der Zulassung im Ermessen der Zulassungsstelle (§ 17 Abs. 3 Nr. 3 UAG)
11 Aus gesundheitlichen Gründen nicht nur vorübergehende Unfähigkeit, gutachterliche Tätigkeiten ordnungsgemäß auszuführen, § 17 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe c UAG	Widerruf der Zulassung/Fachkenntnisbescheinigung (§ 17 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe c UAG)	16 Nichtanzeige eines Umweltgutachters oder einer Umweltgutachterorganisation aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union vor Aufnahme der gutachterlichen Tätigkeit im Bundesgebiet, § 18 Abs. 1 Satz 1 und 2 UAG	Teilweise oder vollständige vorläufige Untersagung der Fortführung gutachterlicher Tätigkeiten (§ 18 Abs. 2 Satz 3 UAG)
12 Nichterfüllung der Anforderungen nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 UAG durch eine Umweltgutachterorganisation und Nichtherbeiführung des gesetzmäßigen Zustandes innerhalb einer von der Zulassungsstelle gesetzten Frist, § 17 Abs. 2 Nr. 2 UAG	Widerruf der Zulassung (§ 17 Abs. 2 Nr. 2 UAG)	Bei nicht von dem Katalog erfassten Pflichtverstößen erlässt die Zulassungsstelle die erforderlichen Maßnahmen nach § 16 Abs. 1 UAG.	
13 Nichtangabe einer zustellungsfähigen Anschrift im Bundesgebiet durch den Umweltgutachter, § 17 Abs. 3 Nr. 1 UAG	Widerruf der Zulassung im Ermessen der Zulassungsstelle (§ 17 Abs. 3 Nr. 1 UAG)	Aufsichtsmaßnahmen bei den in diesem Katalog aufgeführten Pflichtverstößen nach den Nummern 1 bis 6 und 9 haben zu unterbleiben oder sind wieder aufzuheben, sobald die Pflichtverletzungen abgestellt, Anordnungen der Zulassungsstelle erfüllt sind oder bei nachträglicher Unmöglichkeit keine Wiederholungsgefahr eines Rechtsverstoßes besteht.	
		Der Pflichtenverstoß eines Umweltgutachters oder einer Umweltgutachterorganisation kann sich auch aus Pflichten bei Tätigkeiten auf Grund anderer rechtlicher Regelungen gemäß § 15 Abs. 9 UAG ergeben.	

## Anlage 2

### Richtlinie des Umweltgutachterausschusses nach dem Umweltauditgesetz für die mündliche Prüfung zur Feststellung der Fachkunde von Umweltgutachtern und Inhabern von Fachkenntnisbescheinigungen (UAG-Fachkunderichtlinie — UAG-FkR)

Vom 22. Juni 2004

#### I. Vorbemerkung

Ablauf und Inhalt der mündlichen Prüfung, in der der Antragsteller seine Fachkunde nachweisen soll, sind in § 11 Abs. 2, § 7 Abs. 2 Nr. 2 und § 12 des Umweltauditgesetzes (UAG) in der aktuell gültigen Fassung sowie den §§ 4 bis 7 der UAG-Zulassungsverfahrensverordnung (UAGZVV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. September 2002 (BGBl. I S. 3654) beschrieben. Die Verordnung (EG) Nr. 761/2001 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 19. März 2001 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS) (im Folgenden EMAS-Verordnung genannt) enthält in Anhang V Abschnitt 5.2.1 die Mindestvoraussetzungen an die fachliche Qualifikation der Umweltgutachter. Diese Richtlinie legt die oben genannten Bestimmungen des UAG aus, ordnet die Mindestanforderungen der EMAS-Verordnung Anhang V Abschnitt 5.2.1 einzelnen Prüfungsabschnitten zu und trifft eine nähere Bestimmung über den Inhalt der mündlichen Prüfung im Rahmen von UAG und UAGZVV.

Die mündliche Prüfung ist unselbständiger Bestandteil des Zulassungsverfahrens und hat die Aufgabe, die Fachkunde des Antragstellers festzustellen. Sie besteht in der Regel aus einem Kurzvortrag und einem Prüfungsgespräch (vgl. § 5 Abs. 3a UAGZVV). Das Prüfungsgespräch gliedert sich in

— einzelne Prüfungsabschnitte zu den in § 7 Abs. 2 Nr. 2 UAG genannten Fachgebieten und

— in Fragen zu praktischen Problemen aus der beruflichen Tätigkeit eines Umweltgutachters

(§ 5 Abs. 2 Satz 3 UAGZVV).

Jeder Prüfungsabschnitt entspricht einem Fachgebiet.

Die Fragen zu praktischen Problemen werden häufig mehrere Fachgebiete berühren. So wird die Prüfung praktischer Probleme des Umweltmanagements auch rechtliche Grundlagen der Unternehmensorganisation oder die Stellung des Betriebsbeauftragten behandeln. Die Prüfungskommission kann Fragen zu praktischen Problemen auch fachgebietsübergreifend, d. h. zu allen in § 7 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe a bis d aufgeführten Fachgebieten stellen. Bei der Bewertung der Leistungen im jeweiligen Prüfungsabschnitt muss sie die in anderen Prüfungsabschnitten erbrachten Leistungen berücksichtigen, soweit die Prüfungsfragen auch diesem Prüfungsabschnitt zuzurechnen sind.

Die nachgewiesenen Kenntnisse in den Fachgebieten des § 7 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe a, b und d werden als branchenübergreifend gewertet (nachfolgend Prüfungsabschnitte II Nrn. 1, 2 und 4). Dies ist in der Zulassungsurkunde zum Ausdruck zu bringen. Im Prüfungsabschnitt zu dem Fachgebiet des § 7 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe c UAG sind spezifische Kenntnisse in den beantragten Zulassungsbereichen nachzuweisen (nachfolgend Prüfungsabschnitt II Nr. 3). Die Prüfungskommission soll sich ein Bild darüber machen, ob der Antragsteller in den beantragten Zulassungsbereichen hinreichende Kenntnisse nachweisen kann. Auf die Möglichkeit, die Dauer der Prüfung der Fachgebiete nach § 7 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe c UAG zu diesem Zweck zu verlängern, wird hingewiesen (§ 5 Abs. 3 Satz 2 UAGZVV).

## II. Fachkundanforderungen

### 1. Methodik, Durchführung und Beurteilung der Umweltbetriebsprüfung

(Zu § 7 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe a UAG)

Die Fachkundanforderungen in diesem Prüfungsabschnitt enthalten die Mindestanforderungen der EMAS-Verordnung Anhang V Abschnitt 5.2.1 Buchstabe f „Kenntnis und Verständnis der Anforderungen an die Umweltbetriebsprüfung und der angewandten Methoden“.

In diesem Prüfungsabschnitt werden sowohl Kenntnisse der allgemeinen Durchführung und Methodik der Umweltbetriebsprüfung als auch der Vorgehensweise des Umweltgutachters bei der Untersuchung der technischen Eignung der Umweltbetriebsprüfung geprüft.

Die EMAS-Verordnung definiert „Umweltbetriebsprüfung“ als: „ein Managementinstrument, das eine systematische, dokumentierte, regelmäßige und objektive Bewertung der Umweltsituation der Organisation, des Managementsystems und der Verfahren zum Schutz der Umwelt umfasst und folgenden Zielen dient:

- Erleichterung der Managementkontrolle von Verhaltensweisen, die eine Auswirkung auf die Umwelt haben können;
- Beurteilung der Übereinstimmung mit der Umweltpolitik der Organisation, einschließlich ihrer Umweltzielsetzungen und -einzelziele (Anhang II)“.

Die Anforderungen an die Umweltbetriebsprüfungen sind im Einzelnen in Anhang II der EMAS-Verordnung festgelegt. Die erforderlichen Kenntnisse der Umweltgutachter zur Methodik und Durchführung der Umweltbetriebsprüfung müssen daher folgende Aspekte der Umweltbetriebsprüfung umfassen:

- A) Allgemeine Anforderungen
- B) Zielsetzungen
- C) Umfang der Umweltbetriebsprüfung
- D) Organisation und Ressourcen
- E) Planung und Vorbereitung der Umweltbetriebsprüfung
- F) Tätigkeiten der Umweltbetriebsprüfung
- G) Berichterstattung über die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen der Umweltbetriebsprüfung
- H) Folgemaßnahmen
- I) Häufigkeit der Umweltbetriebsprüfungen

Der Antragsteller hat in diesem Prüfungsabschnitt Wissen über Verknüpfung und Anwendung fachlicher Inhalte entsprechend den Anhängen I, II und VI der EMAS-Verordnung, einschließlich zugehöriger Leitlinien der Kommission, nachzuweisen.

Der Umweltgutachter muss darlegen können, wie folgende Elemente in Verbindung stehen:

- A) Anforderungen an Umweltmanagementsysteme
- B) Fragen, auf die an EMAS teilnehmende Organisationen eingehen müssen
- C) Anforderungen an die interne Umweltbetriebsprüfung
- D) Umweltaspekte

Nach Anhang V Abschnitt 5.4.1 der EMAS-Verordnung ist es Aufgabe des Umweltgutachters, insbesondere die technische Eignung der Umweltbetriebsprüfung mit der erforderlichen fachlichen Sorgfalt zu untersuchen. Dabei prüft der Umweltgutachter, ob die Ergebnisse der internen Umweltbetriebsprüfung zuverlässig sind. Im Rahmen dieses Prüfungsabschnitts werden daher Kenntnisse der generellen Vorgehensweise bei der Untersuchung der technischen Eignung der Umweltbetriebsprüfung erwartet, insbesondere der stichprobenartigen Prüfung der Zuverlässigkeit ihrer Ergebnisse.

### 2. Umweltmanagement und die Begutachtung von Umweltinformationen (Umwelterklärung sowie Ausschnitte aus dieser)

(Zu § 7 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe b UAG)

Die Fachkundanforderungen in diesem Prüfungsabschnitt enthalten die Mindestanforderungen der EMAS-Verordnung Anhang V Abschnitt 5.2.1 Buchstabe a Teilaspekt „Kenntnis und Verständnis der allgemeinen Funktionsweise des Umweltmanagementsystems“ und Buchstabe g „Kenntnis der Begutachtung von Informationen (Umwelterklärung)“.

In diesem Prüfungsabschnitt hat der Antragsteller nachzuweisen, dass er sowohl die Aufgaben und Funktionsweisen des Umweltmanagementsystems, einschließlich dazugehöriger Normen und Leitlinien der Europäischen Kommission, als auch die Grundlagen über die Begutachtung von Umwelterklärung und Umweltinformationen nach Anhang III Abschnitt 3.5 der EMAS-Verordnung kennt und versteht.

Die spezifischen Anforderungen an Aufbau und Funktionsweise des Umweltmanagementsystems nach der EMAS-Verordnung sind in Anhang I in Verbindung mit Anhang VI und VII EMAS-Verordnung festgelegt und müssen beherrscht werden (vgl. auch Anhang V Abschnitt 5.4.1 der EMAS-Verordnung). Die in der EMAS-Verordnung enthaltenen Vorschriften über die Ausstattung, Anwendung und Aufrechterhaltung des Umweltmanagementsystems müssen angewendet werden können. Das betrifft insbesondere die in der Norm DIN EN ISO 14001:1996 niedergelegten Elemente

- Umweltpolitik,
- Planung,
- Implementierung und Durchführung,
- Kontroll- und Korrekturmaßnahmen und
- die Bewertung durch die oberste Leitung.

Um die richtige Anwendung zu gewährleisten, muss der Antragsteller die Definitionen dieser Elemente durch die Norm kennen sowie die besondere Ausprägung dieser Elemente durch die Definitionen der EMAS-Verordnung beherrschen.

Der Umweltgutachter muss in der Lage sein, die korrekte Umsetzung des Systems in der Organisation, auch im Hinblick auf die Erfüllung der einschlägigen Anforderungen des Anhang I B der EMAS-Verordnung, zu überprüfen. Dazu gehört die Fähigkeit zu beurteilen, ob das Managementsystem der Organisation in der Lage ist, die Anforderungen im Hinblick auf

- die Einhaltung von Rechtsvorschriften,
- die Umweltsituation,
- die externe Kommunikation und damit zusammenhängende Fragen sowie
- die aktive Einbeziehung der Arbeitnehmer

zu erfüllen. Dazu muss der Umweltgutachter auch die Eignung und Angemessenheit des Umweltmanagementsystems im Hinblick auf die Tätigkeiten, Produkte und Dienstleistungen der Organisation feststellen und beurteilen können.

Ferner sind hierzu Kenntnisse über eine durchgängige, betriebliche Organisation mit Übertragung der Aufgaben und Pflichten sowie der innerbetrieblichen Dokumentation gefordert, insbesondere Kenntnisse über die allgemeine Funktionsweise eines Umweltmanagementsystems. Dazu gehören wesentliche Grundzüge bezüglich

- Planungs- und Steuerungsmethoden,
- der Funktion des Controllings,
- betrieblicher Organisationsformen und -entwicklung,
- Aufbau- und Ablauforganisationen sowie
- Verbindungen des Umweltmanagementsystems zu anderen Managementsystemen.

Darüber hinaus sind Kenntnisse über Personalmanagement, Kommunikation, Aus- und Weiterbildung erforderlich, die folgende Elemente beinhalten:

- Personalauswahl und -einsatz sowie Führungsstrukturen,
- interne Kommunikation sowie Motivations- und Anreizsysteme,
- Bildungs- und Schulungsmaßnahmen (Bedarfsermittlung und Durchführung).

In diesem Prüfungsabschnitt werden weiterhin die von der EMAS-Verordnung geforderten Kenntnisse über Umwelterklärungen verlangt. Die Anforderungen an die Umwelterklärungen gemäß Anhang III der EMAS-Verordnung müssen beherrscht werden, ebenso wie die Voraussetzungen der Gültigkeitserklärung von Umwelterklärungen. Dabei müssen auch die Kriterien für die Gültigkeitserklärung von ausgewählten Informationen, auf denen gemäß Abschnitt 3.5 des Anhangs III der EMAS-Verordnung das EMAS-Zeichen angebracht werden kann, beherrscht werden sowie die Voraussetzungen der Verwendung des EMAS-Logos.

Die entsprechenden Leitlinien der Europäischen Kommission gehören zum Prüfungsstoff des Prüfungsabschnitts.

### 3. Zulassungsbereichsspezifische Angelegenheiten des Umweltschutzes, auch in Bezug auf die Umweltdimension der nachhaltigen Entwicklung, einschließlich der einschlägigen Rechts- und veröffentlichten Verwaltungsvorschriften

(Zu § 7 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe c UAG)

Die Fachkundanforderungen in diesem Prüfungsabschnitt enthalten die Mindestanforderungen der EMAS-Verordnung Anhang V Abschnitt 5.2.1 Buchstabe b „Kenntnis und Verständnis der Rechts- und Verwaltungsvorschriften bezüglich der zu begutachtenden Tätigkeit“, Buchstabe c „Kenntnis und Verständnis von Umweltfragen einschließlich der Umweltdimension der nachhaltigen Ent-

wicklung“, Buchstabe d „Kenntnis und Verständnis umweltbezogener technischer Aspekte der zu begutachtenden Tätigkeit“ und Buchstabe e „Verständnis der allgemeinen Funktionsweise der zu begutachtenden Tätigkeit im Hinblick auf die Eignung des Managementsystems“.

In diesem Prüfungsabschnitt werden spezifische Kenntnisse nach Anhang V Abschnitt 5.2.1 Buchstabe b, c, d und e der EMAS-Verordnung in allen für die beantragten Zulassungsbereiche relevanten Gebieten des Umweltschutzes geprüft.

Im Hinblick auf Tätigkeiten, zu deren Ausübung Umweltgutachter oder Umweltgutachterorganisationen auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften befugt sind, zum Beispiel zur Prüfung von Emissionsberichten und zur Verifizierung der Angaben in Zuteilungsanträgen gemäß den §§ 5 und 10 des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes (TEHG), werden im Anhang zu dieser Richtlinie spezielle Anforderungen konkretisiert.

Umfang und Auswahl der zulassungsbereichsspezifischen Prüfungsfragen richten sich nach den Zulassungsbereichen (§ 7 Abs. 3 UAG), für die der Antragsteller seine Zulassung als Umweltgutachter begehrt. Diese Zulassungsbereiche werden gemäß der mit der Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates (ABl. EG 1990 Nr. L 293 S. 1) geschaffenen Systematik der Wirtschaftszweige (NACE-Codes), geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 761/93 (ABl. EG 1993 Nr. L 83), beschrieben; vgl. Anhang V Abschnitt 5.2.2 der EMAS-Verordnung und § 2 Abs. 4 UAG. Verlangt werden Kenntnisse über die allgemeine Funktionsweise der zu begutachtenden Tätigkeiten, zulassungsbereichsspezifische Umweltangelegenheiten sowie, soweit relevant, umweltbezogene technische und umweltrechtliche Gesichtspunkte in den beantragten Zulassungsbereichen.

Kenntnisse über die allgemeine Funktionsweise der zu begutachtenden Tätigkeiten umfassen typische Betriebs- und Arbeitsabläufe, angewandte (Produktions-) Verfahren sowie zulassungsbereichsspezifische Organisationsstrukturen.

Bei den zulassungsbereichsspezifischen Umweltangelegenheiten werden Kenntnisse über die direkten und indirekten Umweltaspekte der Tätigkeiten, Produkte bzw. Dienstleistungen und der damit verbundenen Umweltauswirkungen in den beantragten Zulassungsbereichen sowie über die Organisation des betrieblichen Umweltschutzes, einschließlich dazugehöriger Leitlinien der Kommission, geprüft.

Dazu zählen insbesondere Kenntnisse über:

- branchentypische direkte und indirekte Umweltaspekte der Tätigkeiten, Produkte und Dienstleistungen und damit verbundene Umweltauswirkungen,
- methodische Möglichkeiten zur Erfassung direkter und indirekter Umweltaspekte und damit verbundener Umweltauswirkungen sowie zur Beurteilung ihrer Signifikanz (Anhang VI der EMAS-Verordnung und entsprechende Leitlinie der Kommission),
- Beurteilung betrieblicher Stoff-, Material- und Energieströme, u. a. anhand von Indikatoren für die Umweltleistung,
- organisatorische (nichttechnische) Möglichkeiten der Vorsorge gegen sowie Vermeidung und Verminderung von Umweltbelastungen aufgrund direkter und indirekter Umweltaspekte,
- Funktion und mögliche Inhalte von Betriebsanweisungen zum Umweltschutz

sowie, soweit relevant:

- organisatorische Störfallvorsorge,
- Rechtsstellung und Aufgaben von Betriebsbeauftragten.

Bei der Prüfung der zulassungsbereichsspezifischen Angelegenheiten des Umweltschutzes werden auch Kenntnisse von Umweltfragen im Hinblick auf die Umweltdimension einer nachhaltigen Entwicklung erwartet. Dies betrifft z. B. Vorteile und Möglichkeiten der Ressourcenschonung durch Kreislaufführung, Rückstandsminimierung, rationelle Energieverwendung und regenerative Energieerzeugung, nachhaltige Produktgestaltung, produktionsintegrierten Umweltschutz sowie umweltverträgliche Entsorgung.

Soweit für die von dem Antragsteller beantragten Zulassungsbereiche relevant, werden Kenntnisse typischer umweltbezogener technischer Gesichtspunkte erwartet. Dabei müssen Kenntnisse produktionsintegrierter, nachgeschalteter und sonstiger technischer Möglichkeiten zur Vermeidung und Reduzierung der mit typischen Produktionsabläufen sowie anderen betrieblichen Tätigkeiten verbundene Umweltauswirkungen nachgewiesen werden.

Die Prüfung orientiert sich insbesondere an folgenden Themen:

- technische und organisatorische Möglichkeiten zur Ressourceneinsparung (Rohstoffe, Wasser, Energie, Boden),
- Techniken des Immissionsschutzes (technische Maßnahmen zur Emissionsminderung, aktiver und passiver Lärmschutz, Vermeidung von Beeinträchtigungen durch Geruch, Licht, Strahlung, Erschütterung),
- Techniken zum Gewässerschutz (Abwasserbehandlung, -vermeidung, -reinigung),
- Techniken zum Bodenschutz (Vermeidung, Erkundung, Sanierung von Bodenkontaminationen),
- technische und organisatorische Möglichkeiten zur Abfallvermeidung, -verminderung, -verwertung und -beseitigung,
- Umweltschutz bei Lagerung und Transport,
- Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und Gefahrstoffen,
- Verhütung umweltschädigender Unfälle,
- Systeme zur Ermittlung, Bewertung und Registrierung der Auswirkungen auf die Umwelt (Analytik, Messverfahren, Statistik, Kosten/Nutzen-Aspekte).

Vom Antragsteller werden Kenntnisse der Rechtsgebiete erwartet, die in den von ihm beantragten Zulassungsbereichen von besonderer Bedeutung sind, weil sie direkte oder indirekte Umweltaspekte der zu begutachtenden Tätigkeit der Organisation betreffen oder für das Umweltmanagementsystem der Organisation wesentlich sein können. So können beispielsweise unter anderem auch Kenntnisse des

- Düngemittel- und Pflanzenschutzrechts oder des Tierschutzrechts bei Prüfungen im Zulassungsbereich „Landwirtschaft“,
- Bergrechts bei Prüfungen im Zulassungsbereich „Bergbau“,
- Planungsrechts, des Kommunalrechts und weitere Vorschriften zur Organisation der öffentlichen Verwaltung bei Prüfungen im Zulassungsbereich „Öffentliche Verwaltung“ sowie des
- Immissionsschutzrechts, insbesondere von Betreiberpflichten bezüglich Genehmigung, Dokumentation, Prüfung, Anlagenüberwachung, Berichtswesen und Organisation sowie arbeitsschutzbezogener Genehmigungsvoraussetzungen bei Prüfungen in Zulassungsbereichen, die regelmäßig mit nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungsbedürftigen Anlagen umgehen,

erwartet werden.

#### 4. Allgemeines Umweltrecht, nach Artikel 4 und Artikel 14 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 761/2001 erstellte Leitlinien der Kommission und einschlägige Normen zum Umweltmanagement

(Zu § 7 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe d UAG)

Die Fachkundeanforderungen in diesem Prüfungsabschnitt enthalten die Mindestanforderungen der EMAS-Verordnung Anhang V Abschnitt 5.2.1 Buchstabe a „Kenntnis und Verständnis der Verordnung, der einschlägigen Normen und der von der Kommission nach den Artikeln 4 und 14 Abs. 2 erstellten Leitlinien für die Anwendung der Verordnung“ ohne den Teilaspekt „Allgemeine Funktionsweise des Umweltmanagementsystems“ (diesen siehe oben unter Teil II Nr. 2 dieser Richtlinie).

In diesem Prüfungsabschnitt sind Kenntnisse über wesentliche Grundzüge gesetzlicher Vorschriften, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften abzufragen, soweit sie sich auf den betrieblichen Umweltschutz beziehen. Darüber hinaus werden Kenntnisse einschlägiger Normen zum Umweltmanagement erwartet.

Die Prüfung orientiert sich insbesondere an folgenden Themen:

- Systematik des Umweltrechts und dessen Zusammenhang mit benachbarten Rechtsgebieten
- das Umweltrecht der EU im Verhältnis zum nationalen Umweltrecht und dem Umweltrecht der Länder
- EMAS-Verordnung und nach den Artikeln 4 und 14 der EMAS-Verordnung erstellte Leitlinien der Kommission zur Anwendung der EMAS-Verordnung (insbesondere die Leitlinien nach Artikel 2 Buchstabe s, nach Artikel 3 Nr. 2 in Verbindung mit Anhang III Abschnitt 3.4 und Anhang V Abschnitt 5.6, nach Artikel 8 Nr. 2 Buchstabe a und e und Nr. 3 sowie Anhang I B Abschnitt 4 der EMAS-Verordnung)
- Grundzüge des Immissionsschutz-, Wasser-, Abfall-, Bodenschutz-, Technischen Sicherheits- und Gefahrstoffrechts
- Übergreifende Vorschriften des Umweltrechts
  - Organisationspflichten im Umweltstraf- und Umwelthaftungsrecht
  - Verbindungen zum Umweltverträglichkeitsprüfungsrecht
- Behördenaufbau

- Verwaltungsverfahrensrecht
- Norm DIN EN ISO 14001 und Grundzüge sonstiger einschlägiger Normen der Reihe ISO 14000
- UAG-Zertifizierungsverfahrensrichtlinie vom 8. Dezember 1997 (BAnz. 1998 S. 7942)

### III. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Bundesanzeiger in Kraft. Gleichzeitig tritt die UAG-Fachkunderichtlinie vom 20. September 2002 (BAnz. S. 25 532) außer Kraft.

### Anhang

#### Konkretisierung zulassungsbereichsspezifischer Anforderungen für Tätigkeiten aufgrund anderer rechtlicher Regelungen

##### I. Tätigkeiten aufgrund des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes (TEHG)

Gemäß § 5 Abs. 3 Satz 3 Nr. 1 und § 10 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 TEHG sind unabhängige Umweltgutachter oder Umweltgutachterorganisationen mit einer Zulassung nach dem UAG in ihrem jeweiligen Zulassungsbereich ohne weitere inhaltliche Prüfung der Befähigung als sachverständige Stelle bekannt zu machen. Als bekannt gegebene sachverständige Stelle sind sie berechtigt, eine Prüfung des Emissionsberichtes sowie eine Verifizierung der Angaben im Zuteilungsantrag über Emissionsberechtigungen vorzunehmen. Bei der Prüfung zulassungsbereichsspezifischer Angelegenheiten (Abschnitt II Nr. 3 dieser Richtlinie) werden nach dem Inkrafttreten des TEHG für solche Zulassungsbereiche, in denen Anlagen betrieben werden, die gemäß Anhang I der Richtlinie 2003/87/EG (ABl. EU 2003 Nr. L 275 S. 32) dem Handel mit Treibhausgasemissionsberechtigungen unterliegen, Kenntnisse und Fähigkeiten zu folgenden Inhalten erwartet:

- Wirkung von Treibhausgasen, Begriffe und Voraussetzungen des Emissionshandels nach dem Kyoto-Protokoll,
- Treibhausgasemissionshandelsrichtlinie (Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 2003 über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der

Richtlinie 96/61/EG des Rates sowie Verbindungsrichtlinie zu den Instrumenten Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI), insbesondere die spezielle Methodik der Verifizierung (Strategische Analyse, Prozessanalyse, Risikoanalyse),

- Leitlinien für Überwachung und Berichterstattung betreffend Treibhausgasemissionen gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates — Entscheidung der Kommission K (2004) 130 vom 29. Januar 2004 (ABl. EU Nr. L 29 S. 1), insbesondere
- Grundsätze für die Überwachung und Berichterstattung (Konsistenz, Transparenz, Genauigkeit, Kostenwirksamkeit, Wesentlichkeit, Verlässlichkeit, Leistungsverbesserung),
- Erfassung und Verarbeitung der Quelldaten, Mess- und Berechnungsverfahren, Umrechnungseinheiten und Kalkulationsmethoden, auch in Verbindung mit Sonderregelungen wie zu „early action“, Kraft-Wärme-Kopplung und prozessbedingten Emissionen,
- treibhausgasrelevante Prozesse, Quellen und Auswirkungen und die Fähigkeit, CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Verbrauchsdaten zu ermitteln (Bestimmung der Prozesse, Verfahren, Anlagen, Ebenen, Berechnungs- und Plausibilitätskenngrößen) für den jeweiligen Zulassungsbereich,
- TEHG, nationaler Zuteilungsplan sowie Gesetz über den nationalen Zuteilungsplan,
- Deutsche und Internationale Standards zur Bestimmung von Emissionen,
- Anforderungen aus sonstigen einschlägigen Verordnungen, Verwaltungsrichtlinien, Normen und Vereinbarungen, insbesondere Einzelheiten zur Bestimmung der zu ermittelnden Emissionen und zur Datenerfassung.

##### II. Sonstige Tätigkeiten

Anforderungen für weitere aus § 15 Abs. 9 UAG abgeleitete Tätigkeiten sind bisher nicht konkretisiert.